

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postkto-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Reichsmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile Mofse's
Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20.
Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer
Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren
durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter
:: :: :: :: :: Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung :: :: :: :: ::

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 100

Montag, den 27. Juli 1925

77. Jahrgang

Das Wichtigste.

Wie die Montagspost meldet, sind im Laufe des Sonntags beim
Baden in den Gewässern in der Umgegend Berlins 7 Personen
ertrunken.

Wie die Montagspost aus Stettin meldet, wurde die Mahl- und
Schneidemühle Hohenbrück bei Spenitz in Pommern durch ein
Großfeuer vernichtet. Große Borräte an Holz, sowie 300 Zent-
ner Weizenmehl und 600 Zentner Roggenmehl verbrannten.

Wie die Montagspost aus New York meldet, wird das flet-
terische Rotorship „Buckau“ in amerikanischen Zeitungen zum
Verkauf angeboten.

Patnleve hat erklärt, die französische Regierung habe keine Kennt-
nis von den Friedensvorschlägen Abd el Krim. Nur durch
Zeitungsmitteilungen sei die Regierung unterrichtet worden, wäh-
rend amtlich noch keine Fühlungnahme bestünde.

Aus Madrid wird gemeldet, daß es dort schneit. Die Temperatur
ist so gefallen, daß alle Darstellungen im Freien unmöglich ge-
worden sind. Die Kaffeehausterrassen sind leer, und man hat
bereits die Pelze wieder hervorgeholt.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

— (Waldfrevel in der Dresdner Heide.)
Seit längerer Zeit schädigen gewissenlose Menschen den
Birkenbestand der Dresdner Heide dadurch schwer, daß sie
die Stämme anbohren, um den Saft der Birken abzapfen.
Hunderte von Birken sind schon diesem Frevel zum Opfer
gefallen und täglich werden weitere kräftige Stämme der
Vernichtung durch Anbohren ausgeliefert. Das Forstpersonal
und die Gendarmen sind angewiesen, scharf gegen diese
Waldderwüster vorzugehen.

Dresden. (Eine Folge der steigenden Löhne.)
Die Deutsche Industrieschutzverband, Sitz Dresden, schreibt:
Die Gefahr, daß Deutschland einer neuen Inflation entgegen-
geht, ist in erschreckender Nähe gerückt. Eine notwendige
Folge der weiter steigenden Löhne ist, daß auch die Preise
aller Bedarfsartikel mehr und mehr anziehen. Die Folgen
sind unabsehbar. Die Gründe der schon wieder beginnenden
Geldentwertung, aber auch die Mittel und Wege, mit denen
in letzter Stunde noch der Gefahr begegnet werden kann,
zeigt ein Vortrag des Herrn Generaldirektor Grünner, Ge-
schäftsführer des Deutschen Industrieschutzverbandes, Sitz Dres-
den, über „Die Notwendigkeit des Abbaues der Arbeitsge-
setzgebung“, der in der Nummer 87 der „Mitteilung des
Deutschen Industrieschutzverbandes“, Dresden, N., Bürgerweise
24, II. abgedruckt ist. Einzelnummern werden, soweit vor-
rätig, auch an Nichtmitglieder abgegeben.

Dresden. (Verhaftung eines Kasseninspek-
tors.) Wegen Unterschlagungen in Höhe von 35 000 RM
wurde der beim Krankenhaus in Dresden-Friedrichstadt an-
gestellte Kasseninspektor Johannes Tittmann festgenommen
und der Staatsanwaltschaft zugewiesen.

— (Ein scheußlicher Skandal im Dresd-
ner Krematorium. Die Leichenschändung als
Gewerbe.) Seit einiger Zeit schon gingen in der Um-
gebung des der Stadt Dresden gehörigen Krematoriums in
Tolkewitz Gerüchte über Vorkommnisse bei der Leichenver-
brennung in dem Krematorium, die so haarsträubend waren,
daß sie einfach ungläublich erschienen. Man erzählte Einzel-
heiten scheußlicher Art, die darauf schließen ließen, daß von
einzelnen Bediensteten des Krematoriums die Leichenschän-
dung geradezu als sehr einträgliches Nebengewerbe betrieben
wurde. Die zur Verbrennung eingelieferten Leichen wurden
nicht nur planmäßig ihrer Schmuckstücken beraubt, ihnen
wurden auch die Goldplomben aus den Zähnen
gebrochen. Die Habgier der Leichenräuber ging schließ-
lich noch so weit, daß sie sich auch an minderwertigen Ge-
genständen vergreifen. Kleidungsstücke, und wenn es
auch nur schlechte Totenhemden waren, wurden den
Leichen abgenommen. Von den Angehörigen bezahlte Ver-
brennungsfürge wurden nicht mit in den Ofen ge-
schoben, sondern mehrfach weiterverkauft. Wiederholt
sollen auch mehrere Leichen auf einmal verbrannt
und die Asche dann einfach geteilt worden sein. Nun
stellt sich heraus, daß alle diese entsetzlichen Scheußlichkeiten
tatsächlich vorgekommen sind. Das wurde, wie der „Säch-
sische Zeitungsdienst“ mitteilt, auf eine Anfrage an amt-
liche Polizeistelle bestätigt. Auf diese Anfrage

hin wurde angekündigt, daß am Montag ein amtlicher
Bericht über diesen Skandal, der begreiflicherweise unge-
heures Aufsehen erregen muß, herausgegeben werden soll.
Der Bericht wird hoffentlich auch Aufklärung darüber brin-
gen, wie lange diese geradezu schauerhaften Zustände in dem
Krematorium schon bestanden haben und wer schuld daran
ist, daß so Entsetzliches überhaupt vor sich gehen konnte.
Dezernent des städtischen Bestattungsamtes, dem das Crema-
torium unterstellt ist, ist der sozialdemokratische Stadtrat
Kirchhof, der nach der Revolution eine zeitlang sächsischer
Kriegsminister war. Als Hehler kommen einige ostjüdische
Zuwanderer in Frage, die während der Inflationszeit unter
Entsagung einer Bombenreklame als Edelmetall- und Edel-
steinaukäufer in Dresden tätig waren und damals schon den
beklagenswerten Opfern der Inflation für schlechtes Geld
ihre letzten Wertstücke abnahmen. Ueber alle diese grauen-
haften Vorgänge wird noch mehr zu sagen sein, wenn erst
der für Montag angekündigte amtliche Bericht erschienen
sein wird.

Weißfen. (Gutes Weinjahr.) Die herrschende
große Hitze kommt besonders dem Wein zugute, da der Be-
stand der Stöcke allgemein ein sehr reichlicher ist, so erhoffen
die Winzer einen sehr guten Herbst, denn die heiße Julisonne
tut den schon weit entwickelten Trauben sehr wohl und „kocht“
den Saft der Beeren, so daß alle Auszucht vorhanden ist,
einen Jahrgang zu erhalten, der in den Annalen der Wein-
bauern mit goldenen Lettern verzeichnet sein wird.

Dederan. (Zur Bürgermeistereiwahl.) Die
Stadtverordneten der bürgerlichen Fraktion haben der Stadt-
verwaltung folgendes Schreiben gerichtet: „Am Montag, den
20. Juli, fand in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung die
Wahl des Bürgermeisters statt. Regierungsdirektor Dr. Dehmg
wurde ordnungsgemäß mit 11 von 21 Stimmen gewählt.
Die Stadtverordneten der SPD. und KPD. haben beschloffen,
Einspruch gegen die Wahl zu erheben. In dieser Angelegen-
heit hat nunmehr die vorgesetzte Behörde zu entscheiden. Aus
diesem Grunde lehnen wir es ab, an weiteren Stadtverordneten-
sitzungen, die sich mit der Gültigkeit der Wahl befassen,
teilzunehmen.“ — Zu der Angelegenheit veröffentlicht jetzt
das „Dederaner Tageblatt“ folgende interessante Darstellungen,
die geeignet sind, eine Aufklärung zu geben: „Wie unserer
Bürgerchaft bereits bekannt ist, holten unsere Stadtverord-
neten auch persönlich Auskünfte über die Bürgermeister-
Kandidaten ein. So reisten auch vier Herren nach Eisenach,
um über Lindemann sich zu erkundigen. Zuerst sprach man
einen Lagerhalter der Konsum-Verkaufsstelle, der die Herren
nach dem Volkshaus verwies und dort Verbindung mit
anderen schaffte. Dort äußerte sich der Kommunist K., er
hätte eigentlich Ursache, Lindemann wegzuloben, weil er ver-
schiedenartig Differenzen mit ihm gehabt habe. Doch er bleibe
bei der Wahrheit. L. sei ein wandelbarer Mensch. Früher
sei er Syndikalist und Anarchist gewesen, dann wurde er
Kommunist. Im Auftrag der kommunistischen Partei sollte
er ein Haus in Erfurt kaufen. Es bot sich ein geeignetes
Objekt und L. beauftragte einen Freund, ihm das Haus vor
der Nase wegzukaufen, und sobald er die Konzession für die
darin befindliche Gastwirtschaft habe, solle er Lindemann für
diese Gefälligkeit 16 000 M. auszahlen. Dieser Freund war
jedoch nicht wasserdicht und verriet diese Sache der kommu-
nistischen Parteileitung. Aus diesem Grund mußte L. die
Mitgliedschaft bei der KPD. aufgeben und wandte sich der
USPD. zu. Aber auch hier war sein Bleiben nicht von
längerer Dauer und er erwarb sich dann das Mitgliedsbuch
der SPD. Der betreffende Kommunist K. sagte dann, daß
sich L. auch noch anders einstelle, wenn er einen persönlichen
Vorteil davon habe. Ein der hiesigen KPD. angehöriger
Stadtverordneter sagte hierauf: „Ich weiß nun genug, für
mich und meine Partei kommt Lindemann nicht in Frage.
Wir können ihm nie unsere Stimme geben.“ Der Stadt-
verordneten-Vorsteher und der stellvertretende Bürgermeister
von Eisenach empfahlen L. so, daß es eine Fort-Empfehlung
sei. Diesen Eindruck hatten unsere Stadtverordneten.“

Chemnitz. (Kraßwagenunfall.) Der Direktor
der Dresdner Bank, Filiale Chemnitz, Franz Christ, ver-
unglückte am Donnerstagabend in der Nähe von Marienberg
tödlich. Er hatte nach Geschäftsschluß mit einer älteren
Chemnitz'er Dame eine kurze Fahrt mit seinem Auto, daß er

selbst steuerte, unternommen. Beim Umlenken stürzte der
Wagen einen Abhang hinunter, überschlug sich und begrub
Direktor Christ unter sich, der auf der Stelle tot war. Die
Mitfahrerin lag neben dem Wagen, sie hat schwere innere
Verletzungen davongetragen und wurde in das Städtischen
Krankenhaus Marienberg gebracht.

Wittichenau. (Eine fatale Verwechslung.)
3 1/2 Uhr morgens. Alles liegt im Städtchen noch in tiefem
Schlummer. Nur einer wacht. Lautlos durchwandert er
die Straßen, späht eifrig umher, ob sich nicht verdächtiges
Gefindel umhertreibt oder gar der „Rote Hahn“ auf den
Dächern kräht. Plötzlich stellt er auf dem Marktplatz seine
Wanderung ein. Im Osten ein verdächtiger Schein, ganz
bestimmt, es ist wieder einmal „eingeholt“ worden. Die
Pflicht ruft. Kräftig schlägt seine Faust ans Fenster des
Glöckners. „Steht doch mal auf, in Spohla brennt's“,
tönte es an dessen Ohr. Rasch aus dem Bett, notdürftig
bekleidet, in den Schlüsselbund in der Hand, geht der aus dem
tiefen Schlaf gerufene Mann die 100 Stufen zu der
Glockenstube empor. Seine Hände umfassen schon den Glocken-
strang, noch einmal Umschau gehalten in die Ferne. —
Dem Wächter auf dem Kirchplatz schlagen bald die Worte
ans Ohr: „Johann, da hast du mich nicht erst brauchen
zu wecken, das Feuer ist ja nur das — Morgenrot.“

1. allgemeiner deutscher Reichskriegertag in Leipzig.

Im Herbst dieses Jahres werden sich in Leipzig alle
Deutschen, die für ihr Vaterland Wehr und Waffen getragen
haben, zusammenfinden zu einer Gedächtnisfeier für die Toten
des Weltkrieges und zu feierlichem Gedenksitz, alle Kraft zum
friedlichen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes einzu-
setzen. Der erste allgemeine deutsche Reichskriegertag soll
eine Kundgebung werden, durch die die Vergangenheit mit
der Gegenwart und der Zukunft verbunden wird. Sie soll
dazu beitragen, dem Geist kleinmütiger Verzagtigkeit entgegen-
zuwirken, das Gefühl und das Verständnis für die deutsche
Schicksalsgemeinschaft zu stärken und zu festigen, die Herzen
zu erheben und den kraftbewußten Willen zu stählen unter
der Losung: „Das Reich muß uns doch bleiben.“ Könnte
es für diese Feier eine würdigere Stelle geben, als die Stätte,
wo sich das mächtige Völkerschlachtdenkmal in die Lüfte reckt,
wo vor mehr als 100 Jahren Tausende und Abertausende
deutscher Männer und Jünglinge freudig ihr Blut zur Be-
freiung des deutschen Vaterlandes dahingegeben haben?

Die Leitung der ganzen festlichen Veranstaltung liegt
in den Händen des sächsischen Militärvereinsbundes, ins-
besondere des Bezirks Leipzig. Sein Aufruf an die ehema-
ligen deutschen Krieger zur Teilnahme an dem Feste hat
bereits in allen Teilen des deutschen Vaterlandes, namentlich
in den Kreisen der Kriegerverbände, lebhaften Widerhall ge-
funden. Verbürgt doch in der Tat die Festordnung in
höchstem Maße eine eindrucksvolle Feier. Für Sonnabend,
den 17. Oktober sind außer den Empfängen der auswärtigen
Teilnehmer vorgesehen: Die Ueberführung der Fahnen nach
der Wandelhalle des Neuen Rathauses, eine Aufführung des
Festpielles „Heldenehrung“ von Otto Kriebitz, sowie deutsche
Abende in verschiedenen Sälen und Hallen. Am Sonntag,
den 18. Oktober, dem Gedenktage der Völkerschlacht, findet
früh 6 Uhr Weckruf statt. Im folgen Festgottesdienste in
allen Kirchen der Stadt, ein großer Festzug der Teilnehmer
nach dem Völkerschlachtdenkmal, eine Gedächtnisfeier zu Ehren
der Gefallenen am Fuße dieses Denkmals, turnerische und
gefangliche Darbietungen auf dem Ausstellungsgelände, eine
Wiederholung der Aufführung des Festpielles „Heldenehrung“
und schließlich Abschiedsfeiern, die mit dem Zapfenstreich be-
schlossen werden sollen. Für Montag, den 19. Oktober sind
vorgesehen Führungen durch die Stadt, Wanderungen über
die Schlachtfelder von 1813, Fahrten nach dem Kyffhäuser,
der Rudelsburg und der Wartburg. An der Vorbereitung
dieses „Ersten deutschen Reichskriegertages“ wird in Leipzig
schon umsichtig gearbeitet. Ueber Einzelheiten erteilt nähere
Auskunft die Geschäftsstelle, des „Ersten deutschen Reichs-
kriegertages“ in Leipzig.



Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Sonnabend.

Das Haus ist nahezu leer. Präsident Loh eröffnet die Sitzung. Die Beratung über den Verlehr mit Vieh und Fleisch wird, da sich neue Gesichtspunkte ergeben haben, an den volkswirtschaftlichen Ausschuss zurückverwiesen. Es folgt dann die zweite Beratung des Wehrmacht-Versorgungsgesetzes.

Abg. Passhoff (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Nach der Vorlage haben Inhaber des Zivildienstscheines nach Maßgabe besonderer Grundzüge Anwartschaft auf Anstellung bei Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und bei sonstigen öffentlichen Körperschaften.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) bezeichnet eine geregelte Versorgung der Zivildienstwärter als eine Lebensfrage des Reiches. Der Ausschuss habe ausreichende Sicherheiten geschaffen, um zu verhindern, daß durch die Zivildienstwärter Privatangestellte brotlos gemacht werden. Die Regierungsparteien würden selbst einen Antrag einbringen, wonach die Krankenkassen nach wie vor von der Verpflichtung zur Einstellung von Zivildienstwärtern entbunden bleiben. Die jetzt brachliegenden Kräfte von 12 bis 16 000 Militäranwärtern müßten der Gesamtheit wieder nutzbar gemacht werden.

Abg. Passhoff (Soz.) betont, es sei unmöglich, alle entlassenen Reichswehrangehörigen im öffentlichen Dienst unterzubringen. Sie müßten in größerer Zahl der freien Wirtschaft zugeführt werden. In den Berufsschulen der Reichswehr werde dazu gute Vorarbeit geleistet.

Abg. Nadel (Komm.) legt dem Gesetzentwurf politische Ziele unter. Man wolle überall in die Beamtenstellen politisch zuverlässige Militäranwärter hineinschieben.

Abg. Schuldt-Steglich (Dem.) befreit, daß hier ein politisches Problem vorliege. Man solle doch keinen Zwiespalt schaffen zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr.

Abg. Dietrich-Franken (Völk.) schließt sich dem Vorredner an.

Die Ausschussbeschlüsse werden im wesentlichen bestätigt. Die zweite Lesung wird erledigt. Darauf wird das Gesetz auch in dritter Lesung angenommen, und zwar mit einer Bestimmung, wonach die Krankenkassen nicht unter das Gesetz fallen.

Es folgt die

Vorlesung der ersten Lesung des Militäruniformgesetzes.

Abg. Dr. Haas (Dem.) bedauert die Zwischenfälle bei der bisherigen Beratung des Gesetzes. Sie seien der Würde des Reichstages abträglich gewesen.

780 Millionen Reparationszahlungen.

Der Halbjahresbericht des amerikanischen Generalagenten für die deutschen Reparationen ist dieser Tage zur Veröffentlichung gelangt, und so trocken auch das Bild dieser Zahlen in ihrem nüchternen Aufbau auch sein mag, so gewährt es immerhin einen kleinen Einblick in das traurige Kapitel deutscher Erfüllungspolitik. Um es vorwegzunehmen, 780 Millionen Goldmark nicht etwa „Reichsmark“ hat das deutsche Volk in diesen schweren Zeiten an seine „Alliierten“ der „Dawes A. G. für Reparationen“ zur Ausbittlung gebracht. Während in Deutschland die Mehrzahl der deutschen Alliiengesellschaften keine Dividende verteile, Reichs- und Staats-, sowie Kommunalanleihen, sowie Hypotheken und Pfandbriefe der Vor- und Nachkriegszeit keine Zinsen erbringen, fließt das Wächlein deutscher Zahlungsfähigkeit lustig und munter in die bereitgehaltenen Tanks der amerikanischen Generalagenten. Dieser rechnet aber vorsichtigerweise nicht nach „Reichsmark“ der in Deutschland zurzeit gültigen Währung mit uns ab, sondern nach „Goldmark“, also nach New-Yorker Parität. Herr Gilberts Vertrauen zur deutschen Währungsstabilisierung geht sonach nicht weiter, als es ihm täglich durch „Rabel Berlin“ von New York aus befestigt wird. So unheimlich dieser Vorgang auch sein mag, charakteristisch ist er immerhin! Unter den Einnahmen figurieren 100 Millionen Goldmark seitens der „deutschen“ Reichs- und Staatsbahn, als „Tribut“ für unsere Versailler Gläubiger. Im Zinsen für die sogenannte „Dawes-Anleihe“ sind bisher in diesem Jahre 53 828 786 Goldmark, also annähernd 54 Millionen, gezahlt worden, dieser Betrag entspricht ungefähr dem Betrag der Anleihe, die die Stadt Berlin kürzlich in New-York aufgelegt hat.

Es dürfte wohl nun auch den Leser interessieren, wer sich von unseren Gläubigern in der Hauptsache in diese „Beute“ geteilt hat. In der Spitz stehen die Franzosen mit 325 Millionen, denen folgen die Engländer mit 166 Millionen, das kleine Belgien mit 78 Millionen, Italien mit 52 Millionen, Jugoslawien mit 24 Millionen, alles Goldmark, also nicht etwa Reichsmark. Neben diesen großen Posten in Höhe von 645 Millionen Goldmark, was der Summe des Goldbestandes der deutschen Reichsbank im Frieden entspricht, habe eine Reihe kleinerer Posten ebenfalls aus dem Suppentopf des Herrn Gilbert entsprechende Rationen erhalten. So Rumänien 6 Millionen, Portugal 4 Millionen, Japan 4 Millionen, Griechenland 2 Millionen, Polen 4 000 Goldmark. Im Ganzen also an Dividenden der deutschen Wirtschaft 641 Millionen Goldmark, was unter Berücksichtigung unserer Verarmung eine so gewaltige Summe vorstellt, daß man wohl begreifen lernt, weshalb diese so kontrabuierte deutsche Wirtschaft von Tag zu Tag immer mehr dahinsinkt. Damit ist aber noch keineswegs der Reich unserer Leiden leergetrunken, als Vermutungsstropfen verbleibt noch ein schätzbare Rest von 30 Millionen, wovon 10 Millionen auf Kohlenlieferungen an Belgien und Luxemburg, während etwa 20 Millionen allein auf die Untkosten entfallen, die uns aus der Unterhaltung der zahlreichen aufgeschalteten „Kommissionen“ erwachsen. Die berühmte „Reparationskommission“ verschlang 52 Millionen, die nicht minder ruhmreiche „Rheinlandkommission“ 7 Mill., die „Militärkontrollkommission“ gar 8 Millionen, die Marinekontrollkommission (so etwas gibt es auch noch) 70 000 Goldmark und die Europäische Donaukommission, die ebenfalls auf deutsche Steuerzahlerkosten fröhlich, 216 000 Goldmark. Das Büro des amerikanischen Zwangsverwalters des deutschen Volksvermögens, den man verschämt „Generalagent“ nennt, kostete etwa drei Millionen Goldmark. Man ersieht daraus, unsere Feinde verstehen es meisterhaft, z. B. ein Heer von Müßiggängern oder Gelegenheitsarbeitern obendrein noch auf Kosten des deut-

schen Volkes, das man zu „überwachen“ sich verpflichtet sieht und anmaßt, in sicherlich sehr üppiger Weise, von den Ueberwachern zur besonderen Strafe derselben, ernähren zu lassen. Während man in Deutschland die abgebauten Beamten, wie auch die noch im Dienst befindlichen, nicht gerade rosig behandelt, wirft man 20 Millionen, allerdings weil man muß, hinter den Ausbeutern des deutschen Volkswohlstandes noch her!

Der Leser möge schließlich bedenken, daß diese hier vorgeführten Zahlen nur den Auftakt zu den kommenden Reparationszahlungen darstellen, denn wir befinden uns noch im sogenannten „Schönjahre“, wo wir zunächst nur mit Peitschen gezüchtigt werden. Im Jahre des Heils 1926 wird man uns jedoch mit Storpionen ansagen, ihre zu machen, daß uns das Blut unter den Fingernägeln hervorspritzt wird. Das Wort „Erfüllungspolitik“ ist leicht ausgesprochen, doch man sieht schon an dem Wenigen des hier Vorgetragenen, daß es das inhaltlichschwerste „Zahlwort“ ist, das die deutsche Sprache kennt.

Politische Rundschau.

Generalkrieg im Saargebiet.

Saarbrücken, 27. Juli. Nachdem die Saarregierung in dem Lokalkonflikt zwischen Bergarbeitern und Bergwerksdirektoren eine Vermittlung abgelehnt hat, ist gestern in einer stürmischen Revierkonferenz der Bergarbeiterorganisationen für diese Nacht 12 Uhr im ganzen Saarbergbau die Generalkriegsparole ausgegeben worden. Damit hat die Krise im Saargebiet eine Entwicklung angenommen, die für das gesamte Wirtschaftsleben die schwersten Folgen zeitigen muß. Es handelt sich um etwa 74 000 Bergarbeiter, die nunmehr völlig der allgemeinen Wohlfahrtsfürsorge anheim fallen, nachdem schon in den letzten Wochen teilweise nur drei Schichten mit 45 Franken wöchentlich versehen worden sind. Durch Verhandlungen haben die deutschen Behörden für die im Erzier, Birkenfelder und Pfälzer Gebiet wohnenden Bergleute eine gewisse Fürsorge getroffen. Einer großen Anzahl von Familien wird bei einem Tagesverdienst von nicht mehr als 1 Mark nach Abzug der Steuern und Soziallasten schon regelmäßig eine Unterstützung ausgestellt. Das noch im Saargebiet stationierte französische Militär hat eine große Anzahl von Panzerwagen demonstrativ aufmarschieren lassen. Auch die neutrale Regierungskommission stelle dem französischen Bergbauamt ihre eigenen Besatzungstruppen zum Schutze der Gruben zur Verfügung, weshalb bereits am Sonnabend zahlreiche Delegationen die Einfahrt verweigert haben. Die französischen Grubenverwaltungen haben bereits mitgeteilt, daß die geforderten Kohlenmengen nicht weiter geliefert werden. Infolgedessen werden in der Hüttenindustrie zahlreiche Betriebseinsparungen notwendig, sobald für Mitte der Woche auch größere Entlassungen von Hüttenarbeitern bevorstehen.

Eine Rede Chamberlains über den Sicherheitspakt.

London, 27. Juli. Der englische Außenminister Chamberlain erklärte in einer Rede in Birmingham zu der deutschen Antwortnote folgendes: Offen gestanden bin ich enttäuscht darüber, daß die deutsche Antwortnote so gehalten ist, daß meines Erachtens weitere schriftliche Meinungsbesprechungen ganz unvernünftig wären und daß die Vertreter der beteiligten Länder sich zu einer persönlichen Aussprache veranlassen könnten. Ich erkenne jedoch an, daß die Note von dem Wunsche diktiert ist, die Vorschläge für einen gegenseitigen Sicherheitspakt weiter zu fördern. Ich bin der festen Zuversicht, daß die Regelung der Sicherheitsfrage und die Behebung jedes Gefühls der Furcht vor einer künftig drohenden Gefahr, die den Weltfrieden wiederum erschüttern könnte, eine löbliche Erleichterung nicht nur bei denjenigen Nationen hervorruft, die von dem Pakt, an dem sich die englische Regierung beteiligen will, unmittelbar berührt werden, sondern löbliche Erleichterung in der ganzen Welt. Ich hoffe, daß dann auch andere Völker angesichts der ihnen Weltweit drohenden Gefahr sich veranlassen werden könnten, das Beispiel der westlichen Großmächte erfolgreich nachzuahmen. Schon die Anregung zu diesem Meinungsaustrausch, die von Deutschland ausging, muß von den Alliierten begrüßt werden und hat ein merkliches Nachlassen der bis dahin bestehenden Spannung bewirkt. Die Räumung des Ruhrgebietes und der drei Sanktionsstädte ist im Gange oder steht bevor und wenn Deutschland ehrlich und reibungslos die restlichen Forderungen der Alliierten in der Entwaffnungsfrage erfüllt, so werden die Alliierten veranlassen, daß Köln zusammen mit der ersten Zone des besetzten Gebietes von fremden Truppen befreit wird. Die Unterstützung Englands ist notwendig, um die schwebenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Es darf nicht angenommen werden, daß wir an den Beziehungen unserer Nachbarn zueinander, an ihrer Sicherheit oder an dem Frieden in Europa kein Interesse hätten. Von mancher Seite hat man sich dagegen gewehrt, daß wir die bestehenden Konflikte zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits in irgend einer Sache garantieren wollen. Aber es muß betont werden, daß die Unverletzbarkeit jeder ganzen Grundfläche unserer eigenen Schutz bildet. Es stände in unserer Macht, durch Uebernahme der Garantie für jedes Friedensabkommen Frankreich und Belgien ebenso wie Deutschland ein Maß von Vertrauen zu vermitteln, das diese Mächte in ihrem Vertragswerk, an dem wir beteiligt sind, nur fördern könnte.

Deutsch-französische Besprechungen über die Note.

Paris, 25. Juli. Nach einer Meldung des „Matin“ haben in den letzten Tagen zwischen französischen und deutschen Diplomaten sowohl in Paris wie in Berlin Besprechungen über die deutsche Note stattgefunden. Man vermutet, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann wahrscheinlich im September nach Genf kommen werde, um mit Briand und Chamberlain über eine „Kompromissformel“ zu beraten. Dazu würden auch maßgebende Vertreter der sonst noch an der Sicherheitsfrage interessierten Mächte zu Rate gezogen werden.

Coolidge für den amerikanischen Hochschulzoll.

Swampscott, 25. Juli. Präsident Coolidge wird keinem Versuch einer Revision des Zolltarifs im Verlauf der nächsten Tagung des Kongresses seine Zustimmung erteilen. Es wurde wiederholt, daß Coolidge der Ansicht ist, daß irgendeine Ermäßigung in den Zolltarif eine allgemeine Unsicherheit hervorrufen und ungünstige Rückwirkungen auf das Geschäftsleben haben würde. Es ist ferner seine Meinung, daß gegenwärtig dieselben Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen Amerika und dem Auslande bestehen, wie zurzeit der Inkraftsetzung des augenblicklichen Zolltarifs.

Beschärfung der englischen Industriekrise.

50 000 Textilarbeiter im Ausstand.

London, 25. Juli. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses erklärte, daß der Kongress die Bergleute und die Textilarbeiter unterstützen werde. Die Verbände der Eisenbahner, der Transportarbeiter, der See- und der Feuerwehrlente haben eine Versammlung einberufen, um sich über die Schritte schlüssig zu werden, die sie wegen des Verbrauchs von englischer und fremder Kohle zu unternehmen gedenken, falls die englischen Bergwerke stillgelegt werden sollten.

Die Bergwerksbesitzer und die Bergleute hielten eine gemeinsame Konferenz unter Vorsitz des offiziellen Vermittlers Bridgeman ab. Es wurde vereinbart, eine neue, gemeinsame Konferenz, ebenfalls unter dem Vorsitz Bridgemans, abzuhalten. Der Sekretär der Bergleute, Coal, erklärte nach Schluß der Sitzung, daß die Lage gegenwärtig noch unverändert sei.

In Bradford traten 50 000 Textilarbeiter in den Ausstand, und zwar entgegen den von ihren Führern erteilten Weisungen, wonach denjenigen Firmen, die keine Lohnherabsetzung vornehmen, die Fortsetzung der Arbeit gestattet werden sollte. Die Streikenden drangen in die Fabriken, wo gearbeitet wurde, ein und erzwangen die Einstellung der Arbeit. Schließlich mußte die Polizei eingreifen. Zahlreiche Fenster sind durch Steinwürfe zertrümmert worden. Zwei Polizisten wurden verletzt.

Die Repressalien gegen den polnischen Grenzschutz gerecht.

Wien, 25. Juli. Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Ausweitung deutscher Optionen aus Polen. Sie bezeichnen den Beschluß Polens als ebenso brutal wie töricht und begrüßen die deutsche Abwehr.

Die „Neue Freie Presse“ wendet sich gegen die Härte des polnischen Beschlusses, der Zehntausende zwingt, von heute auf morgen mit Weib und Kind Stätte und Scholle zu verlassen, und schreibt: Daß Deutschland mit Repressalien antwortet, ist eine Selbstverständlichkeit. Aller nationale Vorteil, den sich Polen von seiner Maßnahme verspricht, und von dem Druck, den es durch seine Drohung und ihre Verwirklichung auf Deutschland in der gegenwärtigen Zollfehde auszuüben hofft, wird den Nachteil des

Schlimmen Eindrucks

nicht verweisen, den eine solche unmögliche Handlungsweise auf die gesamte zivilisierte Welt machen wird. Die geplante Aktion würde den guten Ruf Polens sehr beeinträchtigen, das in seinem Kampf gegen den Jazismus doch wohl erkannt habe, was die Sympathie der Kulturnationen und nicht zuletzt der Deutschen für das Land bedeutet.

Die „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“ schreibt: Polen legt es direkt darauf an, alle Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Die Gewaltmaßnahme, zu der es sich entschlossen hat, stellt wohl den Höhepunkt dessen dar, was an Uebergriffen jemals ein Land sich geleistet hat. Dem polnischen Grenzschutz kann man nur durch kraftvolle Entschiedenheit imponieren; die rasche Abwehr Deutschlands, die hoffentlich ihre nicht minder energische Fortsetzung finden wird, ist daher aufs wärmste zu begrüßen.

Ein neuer polnisch-russischer Grenzzwischenfall.

Warschau, 25. Juli. Blättern zufolge ist es bei Kremenetz in Wolhynien neuerdings zu einer Schießerei zwischen russischen und polnischen Grenzsoldaten gekommen. „Gazeta Poronna“ berichtet, daß ein Trupp russischer Soldaten die Grenze überschritten und eine Grenzwahe in Brand zu stecken versucht habe. Die Polen sollen bei der Abwehr ebenso wie die Angreifer Verluste an Toten und Verwundeten erlitten haben.

Der Finanzausgleich ungenügend.

Berlin, 25. Juli. Im Steuerauschuß des Reichstages erklärte bei der Beratung des Finanzausgleichs Staatssekretär Popitz, daß die Regierung an den Beschlüssen der ersten Lesung unbedingt festhalten müsse. Um den Ländern entgegenzukommen, wolle die Regierung den Ländern und Gemeinden ihre Umsatzsteueranteile nach dem geschätzten Aufkommen von 1500 Mill. garantieren, gegebenenfalls fehlende Beträge sollen dann aus Mitteln des Haushaltplanes bestritten werden. Der preussische Finanzminister Höpfer-Aischoff erklärte, daß das preussische Defizit bei äußerster Sparsamkeit auf 550 Mill. anwachsen würde. Die Regierungsvorlage sei für die Länder unannehmbar. Darauf nahm Reichsfinanzminister von Schlieben das Wort und erwiderte, daß das Streben des Reiches in erster Linie darauf gerichtet sein müsse, die Erfüllung der Londoner Abmachungen zu gewährleisten. Das deutsche Volk befinde sich in einer Schicksalsgemeinschaft und müsse gemeinsam die schweren Lasten tragen. Deshalb könne den Ländern nicht mehr zugestanden werden.

Französisch-spanische Blockade der Riffküste.

Paris, 25. Juli. Nach Meldungen aus Rabat wird sich Marschall Bétain nach Feuten und Tetuan begeben, wo er mit Primo de Rivera über die spanisch-französische Zusammenarbeit sprechen wird.

Dem „Journal“ wird aus Madrid gemeldet, daß zwei französische Patrouillenschiffe ein großes Motorschiff verhafteten, das in der Richtung auf Gibraltar fuhr und dessen Besatzung auf die Signale der Patrouillenschiffe keine Antwort gab. Die Besatzung ist untergegangen.

Der Rückzug der regulären Truppen nach Norden, der zur Folge hat, daß die Stämme sich selbst überlassen bleiben, verursacht bei diesen ein Gefühl tiefer Beunruhigung und vermehrt die Furcht, die ihnen die Anwesenheit französischer Truppen ohnedies schon einflößt. Einzelne Stämme des nördlichen Marag setzen unter dem Einfluß der



...aus französischer Quelle) nordwärts fort. Andere Stämme verpflichten sich zu wohlwollender Neutralität, wodurch sie ihre vollständige Unterwerfung vorbereiten dürften.

Painlevé hat erklärt, die Regierung habe keine Kenntnis von den Friedensvorschlägen Abd el Krim's. Nur durch Zeitungen sei die Regierung unterrichtet worden, während amtlich noch keine Stellungnahme bestünde. Nach einer Savas-meldung aus Bresl werden sich vier französische Kriegsschiffe des Narmekkanals und des Nordseegehwaders nach Spanien begeben. Das Geschwader wird Santander anlaufen, wo der König von Spanien ihm einen Besuch abstatten wird. General Colombat verläßt seinen Posten in Marokko, da er unempfänglich ist und sich zur Erholung nach Vichy begeben muß.

Die französisch-spanische Marokko-Konferenz hat ihren Abschluß gefunden. Dabei hielt General Primo di Rivera eine Ansprache, in der er sagte, daß die glorreichen Armeen Frankreichs und Spaniens sich auf marokkanischen Gefilden umarmen würden, wenn das Interesse der Menschheit das verlange.

Die Notlage der deutschen Wirtschaft.

© Berlin, 25. Juli. In der Reichskanzlei fand unter dem Vorsitz des Reichszanklers und in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers, des Reichsarbeitsministers und des Reichsbankpräsidenten eine Aussprache mit Vertretern der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Industrie- und Handelstages statt. Es wurde die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Rohstoff- und Eisenindustrie, besprochen. Dabei bestand Übereinstimmung darüber, daß es darauf ankommt, Mittel und Wege zu finden, um allen Produktionszweigen wieder auf die Dauer eine Wirtschaftlichkeit zu sichern. Festgestellt werden konnte, daß aussichtsreiche Verhandlungen über die Ermäßigung einer allmählichen Abstoßung der Halbenbestände des Steinohlenbergbaues im Gange sind. Die Industrievertreter betonten, daß die Belastung mit sozialen Abgaben, Steuern und Zinsen in der gegenwärtigen Höhe nicht länger erträglich sei. Diese Fragen wurden eingehend erörtert. Die Diskussion erstreckte sich auch auf die Fragen der Preisbildung, des gesamten Verteilungsapparates und der Ausgabewirtschaft der öffentlichen Hand, insbesondere der Gemeinden.

Die Lage der Wirtschaft soll von allen beteiligten Kreisen gemeinsam weiter geprüft werden. Es war die einstimmige Auffassung, daß nur eine wirksame Produktionssteigerung Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der gegenwärtigen bedrohlichen Lage herausführen kann.

Industrielle Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich.

© Paris, 25. Juli. „Sourcée industrielle“ glaubt zu wissen, daß am 28. Juli in Paris die technischen Verhandlungen über die Durchführung des privatwirtschaftlichen Abkommens zwischen Vertretern der französischen und deutschen eisenverarbeitenden Industrie, das am 16. Juni in Luxemburg abgeschlossen wurde, fortgesetzt werden.

Was soll Strefemann in Genf?

© London, 25. Juli. „Daily News“ zufolge sind die Ansichten Großbritanniens über die deutsche Note zum Sicherheitspakt in einer an den britischen Botschafter in Paris gerichteten Mitteilung zusammengefaßt worden. Lord Crewe wird umgehend Briand unterrichten. Dies geschieht in Erwiderung auf die Mitteilungen Briands, über die der französische Botschafter in London Chamberlain am Donnerstag unterrichtet. Es ist jedoch nicht richtig, anzunehmen, daß Briands Mitteilungen neue Schwierigkeiten bereitet hätten, in befreundeten britischen Kreisen ist man vielmehr der Ansicht gewesen, daß sie die Tür für Verhandlungen so weit wie jemals offen ließen.

Dunkle Mächte.

11) Kriminalroman von Friedr. L. Jöllner. Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Das war wirklich, um darüber tiefsinnig zu werden. Sie starrte dem feinen, vornehmen Herrn noch mit offenem Mund nach, als er schon im Arbeitszimmer verschwunden war.

Der Detektiv begrüßte die beiden Herren, worauf ihn der Kriminalinspektor mit dem neuesten Stand der Dinge bekannt machte.

„Es ist uns gelungen“, erzählte er, „eine Anzahl der gestohlenen Wertgegenstände, bei einem übel beleumdeten Althändler oben im Norden ausfindig zu machen. Natürlich ist leider jedes der wiederaufgefundenen Schmuckstücke kaum noch wiederzuerkennen. Die einzelnen Teile sind zerfägt, zusammengeschlagen, die Brillanten und sonstigen Edelsteine herausgebrochen, aber merkwürdigerweise lassen sich aus dem vorgefundenen sämtlichen Schmuckstücken, zu denen die einzelnen Teile gehört haben, wieder zusammensetzen, nachdem sie gründlich aufgeweitet und zurechtgebogen sind. Ich will damit andeuten, daß kein Versuch gemacht worden ist, die Sachen einzuschmelzen. Sie sehen, meine Herren, daß auch hierbei die Schufte es an Frechheit nicht haben fehlen lassen.“

„Wie sieht's aber mit der bisher so peinlich beobachteten Vorsicht?“ fragte der Detektiv.

„Ja, da haben Sie recht, Herr Wallner. Dieser Umstand hat uns auch zu denken gegeben. Doch glaube ich, daß die scheinbare Unvorsichtigkeit sich damit erklären läßt, daß der Althändler genau gewußt hat, was er kaufte, und daß deshalb ein Einschmelzen vorher unnötig war.“

„Mag sein. Es wäre allerdings auch eine andere Deutung möglich. Doch lassen wir das vorläufig. Erzählen Sie bitte weiter. Ich möchte aber fast behaupten, daß es sich bei den aufgefundenen Gegenständen in der Hauptsache um Eigentum des Herrn Kommerzienrats handelt.“

„Westminster Gazette“ schreibt, wenn Chamberlain und Briand im September zur Völkerverammlung nach Genf gingen, so werde möglicherweise Dr. Strefemann eine Einladung nach Genf erhalten, um die Erörterungen zu beschleunigen. Es sei schwierig, zu sehen, wie außer durch persönliche Fühlungnahme zwischen den Außenministern die Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Auffassung überbrückt werden sollten. Glücklicherweise seien Briands Bemerkungen zur deutschen Antwortnote nur Umrisse und vorläufiger Art. Es werde aller Geschicklichkeit Chamberlains bedürfen, um die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ will wissen, daß die letzten Entwicklungen bezüglich des Sicherheitspaktes unter den britischen Ministern beträchtliche Befürchtungen wegen der Zukunft der augenblicklichen Erörterungen hervorgerufen hätten. Die deutsche Note werde nicht nur als befriedigend, sondern auch als aussichtsreiche Verhandlungsgrundlage angesehen. Aber die einschneidenden Gegenforderungen Briands drohten einen Stillstand herbeizuführen. Baldwin und seine Kollegen beabsichtigten, eine sehr feste Haltung gegenüber allen übertriebenen und gefährlichen Forderungen der in Frage kommenden Parteien einzunehmen. Jegliches in Aussicht genommene Schiedsgerichtssystem müsse, wenn Großbritannien es annehmen sollte, die Gewähr bieten, daß es zum Frieden und nicht zum Kriege führe, und zwar in Gestalt eines Sanktionsprozesses, der vom Völkerverbund und einer vollkommen unparteiischen Autorität geleitet werde.

England und die deutsche Note.

© London, 25. Juli. Die Wochenzeitschrift „The Spectator“ schreibt zur deutschen Sicherheitsnote, sie sei freundschaftlich und verständlich, und wenn sie auch verschiedene schwierige Fragen aufwerfe, so bedeute sie doch eine ausgesprochene Erleichterung für die Eröffnung von Verhandlungen.

„The Nation“ schreibt, der Ton der deutschen Note sei äußerst versöhnlich, aber im wesentlichen lehne sie, wie dies unvermeidlich sei, die Entstellungen, die Briand am ursprünglichen deutschen Angebot vorgenommen habe, ab. Der erfreulichste Zug der Note sei das Vertrauen, das sich darin zur Völkerverbundszusage ausspreche. Die Zeitschrift stützt damit ihre Hoffnung, daß Deutschland im September als Mitglied in den Völkerverbund eintreten werde.

Die „Saturday Review“ nennt die Note taktvoll und klug und hebt hervor, daß Dr. Strefemann nunmehr Frankreich die Möglichkeit genommen habe, die Verhandlungen abzubrechen und die Schuld auf Berlin zu schieben. Die deutsche Antwort sei, vom britischen Standpunkt aus gesehen, eine gesündere Verhandlungsgrundlage als die französische Antwort. Großbritannien dürfe nicht daran, einen Pakt mitzumachen, der nur dazu dienen würde, jene Bestimmungen des Versailler Vertrages zu stärken, die das britische Gerechtigkeitsgefühl aufs tiefste verletzen.

„New Statesman“ führt aus, entweder sei Dr. Strefemann viel geschickter als irgendeiner seiner Vorgänger in den letzten Jahren, oder er habe viel geschicktere Ratgeber. Auch die spitzfindigsten und geriebensten Deutschenfeinde in der Pariser Presse hätten es unmöglich gefunden, irgend-einen ersten Fehler in der deutschen Antwortnote ausfindig zu machen. Die Antwort sei zugleich fest und klar und erläutere in angemessener Form die Ansichten der deutschen Regierung, die als feststehend gelten dürften. Ton und Form seien ebenso verständlich wie würdig; alles, was noch befürchtet werden könne, sei, daß die chauvinistische Minderheit in Frankreich Gelegenheit erhalte, die französische Regierung von einer Politik der Versöhnung abzuschrecken. Bisher habe Strefemann keine Gelegenheit dafür geboten, und wenn die Verhandlungen doch zum Abbruch kommen sollten, wäre es nicht seine Schuld.

„Am unsern Schmaß?“ fragte der Genannte hastig. „Ja, bitte sehen Sie doch gleich einmal her. Ich bemerke da ein Verzeichnis in Ihrer Hand. Es wird wohl die polizeiliche Aufstellung der gefundenen Gegenstände sein.“

„Allerdings, doch...“ „Bitte, überzeugen Sie sich zunächst einmal, welche von den Sachen Ihnen gehören könnten!“

Walter Schamwächter vertiefte sich in das Verzeichnis, und es kam in der Tat so, wie der Detektiv vermutet hatte. Er vermochte an der Hand der äußerst genauen Beschreibung fast alles als sein Eigentum zu erkennen.

Norbert Wallner nickte befriedigt. „Ich dachte es mir.“

Dann wandte er sich noch einmal an den Kriminalinspektor. „Haben Sie nicht festgestellt, Herr Inspektor, ob auch die früheren Verkäufe bei dem Althändler kein eingeschmolzenes Material enthielten?“

„Natürlich haben wir uns danach erkundigt und erfahren, daß bisher allerdings der junge Mensch, der die Sachen zum Kauf anbot, hauptsächlich Gold- und Silberbarren, sowie kleinere Mengen Platin vorwies. Dazu natürlich jedesmal eine Anzahl Brillanten und andere Juwelen.“

„Aha! ganz, wie ich mir's dachte. Und wer war der Verkäufer?“

„Ein junger, höchstens zwanzigjähriger Mensch aus gutem Hause, wenigstens nach den Angaben des alten Halunken, bei dem wir die gestohlenen Sachen fanden. Er habe durchaus den Eindruck eines vornehmen, gebildeten Mannes gemacht, dem er seine Angaben, es handle sich bei den verkauften Sachen um einen überseeischen Schatz, den er jetzt aus Not veräußern müsse, durchaus geglaubt habe. Es wird schwer halten, den Alten zu fassen. Wer will ihm das Gegenteil beweisen? Höchstens bei der letzten Sendung hätte er stutzig werden müssen. Die Beschreibung übrigens, die der alte Schuft von dem unbekanntem jungen Menschen gemacht hat, ist so genau, daß er wohl nicht mehr lange

Aus aller Welt.

** **Wolkenbruch in Amerika.** Nach einer Meldung aus Trinidad im Staate Colorado ist der Purgatory River infolge wolkenbruchartiger Regenfälle über die Ufer getreten. Hunderte von Häusern stehen unter Wasser, mehrere Brücken und Eisenbahndämme sind zerstört. Der Materialschaden ist bedeutend, Opfer an Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen.

** **Der Schirm als Blizableiter.** Ein eigenartiger Unglücksfall wird aus Montreux gemeldet. Der Wächter des Schutthauses von Santo Duz, das sich ungefähr 600 Meter hoch auf einer Fels Spitze erhebt, hatte gerade seinen Regenschirm aufgespannt, um sich vor einem Unwetter zu schützen, als der Bliz einschlug und den Mann tötete.

** **Geheimnisvolles Verschwinden von Hühnern.** In dem kleinen Orte Orange County im Staate Texas zerbrachen sich die dieberischen Einwohner seit langer Zeit den Kopf über das geheimnisvolle Verschwinden ihrer Hühner. Jetzt hat sich endlich herausgestellt, daß ein alter — Maulesel der Uebeltäter war, der nach Art der Hunde das Federvieh jagte und sich anscheinend seine Beute gut bekommen ließ.

** **Bootsunglück.** Während einer Bootsfahrt ist der Kaufmann Ernst Burg aus Konstanz in Baden am Fuße des Werfener Berges in der Salzach ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Wie es in einem sozialdemokratischen Betriebe zugeht

Warnsdorf, 25. Juli. Die „Abwehr“ schreibt über die Zustände in einem sozialdemokratischen Betriebe in der Tschechoslowakei: Die Sozialdemokraten, die so gerne oftmals ganz unbeschränkte Kritik an anderen Einrichtungen üben und mit ihren Erfahrungen im Wirtschaftsleben prahlen, haben dazu nicht den geringsten Anlaß. In ihren eigenen Betrieben müßten sie erst einmal Ordnung schaffen, bevor sie sich zu Kritiken aufwerfen. Ueber die skandalöse Bewirtschaftung der Herbstmühle der sozialdemokratischen G. G. (Groß-Einkaufsgenossenschaft der Konsumvereine) weiß der „Duzer Tag“ auf Grund vertrauenswürdigster Mitteilungen nichts Erfreuliches zu erzählen. Die Bewirtschaftung dieses sozialdemokratischen Betriebes stellt sich demnach im schlechtesten Lichte dar. Im April 1923 wurden in der Mühle einige Maschinen neu eingebaut, um den Betrieb leistungsfähiger zu gestalten. Im Mai 1922 wurde mit dem Bau von Getreidepeichern, sogenannten „Silos“ begonnen, die im Herbst vollendet waren. Vor dem Maschineneinbau 1923 wurde Korn in größeren Mengen gekauft und in den „Silos“ eingelagert. In diesen Behältern ist aber das ganze Getreide verdorben. Auch in anderen zur Getreideeinlagerung ungeeigneten Räumen verdarben große Mengen. Zwanzig Waggons Getreide im Werte von etwa 800 000 Kronen wurden durch die schlechte Einlagerung unbrauchbar. Das Getreide war verbrannt, ausgewaschen und durch Hitze erstickt. Trotzdem wurde es vermahlen und an die Abnehmer verhandelt. Die Bäckereien konnten dieses Mehl natürlich nicht verarbeiten. Mehr Waggons wurden wieder zurückgeschickt. Das verdorbene Mehl lagert wagonweise in der Mühle, immer wieder wird versucht, es an den Mann zu bringen. Dabei ergeben sich aber Anstände mit den Abnehmern. Die Folge dieser unverantwortlichen Betriebsführung sind Absatzrückgänge und Arbeiterentlassungen. Besonders die Müller sind ununterbrochen mit Entlassung bedroht. Sie mußten z. B. im Jahre 1924 vom November bis über Weihnachten die Arbeit einstellen, wofür sie keinerlei Entschädigung erhielten. Lediglich sechs Kilogramm Deputatmehl in der Woche wurde ihnen zugestanden. Und schon am 29. März d. J. kam es wieder zum Stillstande. Weil sie die vertraglich festgesetzte Entschädigung verlangten, wurden sie gekündigt und entlassen. Die Wohnungsverhältnisse in der Mühle spotten jeder Beschreibung. Sonst ist z. B. ein Müller in einem etwa zwölf Quadratmeter großen „Zimmer“ einquartiert. Der Mann hat Frau und drei Kinder. Er soll in dieser „Wohnung“, die feucht ist und Schwammbildung an den Wänden aufweist, „leben“. Die Zustände in der neu eingerichteten Lebkuchenfabrik sind ebenfalls keineswegs munterhaft. Den Arbeiterinnen wird laut Vertrag nicht einmal der Arbeiterfeiertag — der 1. Mai — bezahlt. So sieht die sozialdemokratische Wirtschaft in der Herbstmühle aus! So also sieht der „Marxismus“ der Sozialdemokraten in der Praxis aus! Haben sie demnach eine Legitimation zur Kritik? — Diese Ausführungen dürften auch in Deutschland von Interesse sein.

sich seiner Freiheit erfreuen wird. Zweifelnd Sie nun immer noch daran, Herr Wallner, daß wir es hier mit einer ganzen Bande zu tun haben?“

„Ja.“ Der Beamte sah den Sprecher ungläubig an.

„Hr. Ernst?“ Norbert Wallner nickte.

„Selbstverständlich spreche ich im Ernst. Ich habe seit einigen Tagen damit gerechnet, daß man den Verkäufer des Diebesguts eines Tages doch einmal erwischen würde, und jetzt, nachdem Ihnen seine Person aus der Beschreibung des Heblers ja ziemlich bekannt ist, zweifle ich nicht mehr daran. Ich sage Ihnen aber jetzt schon, daß Sie mit der Verhaftung des Unbekannten nur wieder vor neuen Rätseln stehen werden. Den Dieb haben Sie mit ihm noch lange nicht. Sie werden sogar erleben, daß Ihr Häftling weder den Dieb, noch den Alten kennt, bei dem er die Wertgegenstände zu Gelde gemacht hat.“

Der Kriminalinspektor lachte.

„Ach, so ist's gemeint! Das haben wir uns natürlich selbst schon gesagt und auch, daß der Burche nicht so ohne weiteres „hfeifen“ wird; aber was schadet das? Wir werden ihn schon müde machen.“

„Ich bezweifle das, Herr Inspektor.“

Der Beamte hob die Schultern. Ein leichter Spott zuckte um seinen Mund.

„Die Zukunft wird ja erweisen, wer recht hat, Herr Wallner.“

„Gewiß wird sie das. Davon bin ich seit kurzem fest überzeugt. Und ich bin weit davon entfernt, an der Lösung des Rätsels zu zweifeln, nur suche ich sie anderswo, als die Polizei. Ich hoffe, Ihnen bald Näheres sagen zu können.“

„Sie machen mich neugierig, Herr Wallner,“ gab der Inspektor zurück, und immer noch stand eine leichte, kaum bemerkbare Fronte in seinen Mundwinkeln, die dem Detektiv nicht entging.

(Fortsetzung folgt.)

Täglich frischgeräucherter neue Boll-Seringe empfiehlt Hermann Führlich.

Räumungs-Verkauf

Sommer-Anzügen und sämtlicher Sommer-Konfektion Beginn 24. d. M.

J. Kriebel - Mass und Konfektion Grossröhrsdorf



Zeige hierdurch an, daß ich Dienstag, den 28. 7. mit einem frischen Transport bester dänischer und Seeländer Arbeitspferde

leichten und schweren Schlages, sowie russisch-litauer Pferde leichteren Schlages eintreffe und stelle ab Mittwoch eine Auswahl von ca. 30 Stück zu möglichst billigen Preisen und günstigen Bedingungen zum Verkauf.

Königsbrück Otto Chronike Telefon 6

Hafer, Melassefuttermittel Kleie und andere Futtermittel liefert prompt und preiswert H. M. Trepte, Ranz Sa.

Anzeigen sind das öffentliche Gesicht eines Geschäfts.

Zu verkaufen

Gebrauchte Möbel und andere Nachlaß-Gegenstände zu verkaufen Langestraße 34 II.

Für Ihre Kopfnerven: 'Theatral' Für den seidenweichen Glanz Ihres Haares: 'Theatral' Das 80% Haarwasser der vornehmen Welt von Geschmack Am Platze in der Central-Drogerie Jentsch und bei Herrn Friseur Höhn

Letzte Drahtnachrichten.

Die Amnestievorlage im Rechtsausschuß. Berlin, 25. Juli. Die Amnestievorlage, die im Plenum des Reichstages zu so heftigen Zusammenstößen führte, ist nunmehr im Rechtsausschuß behandelt worden.

Preislenkung. Dessau, 25. Juli. Die anhaltische Regierung weist in einer amtlichen Bekanntmachung auf die Tatsache hin, daß die Reichsregierung im Interesse der Verbilligung der Preise eine genügende Menge Kupfermünzen habe herstellen lassen.

Miet-Auto! moderner 6Sitzer, für Geschäfts- und Gesellschaftsfahrten empfiehlt Richard Paufler Landmaschinenhandlung Fernruf 71 Großröhrsdorf i. Sa. Bestellungen rechtzeitig erbeten! Zuverlässiges Führer-Personal!

Jede Familie

ihre eigene Zeitung! Da erspart Aerger und Verdruß!

Geradezu Wunder

wirkt oft Dr. med. G. Campe's Magenmittel »Stomanol« bei Appetitlosigkeit, Sodbrennen, saurem Aufstoßen, Gefühl des Vollseins in der Magengegend, Spannung und Beugung im Leibe, Atemnot, Unfähigkeit klar zu denken, Magendrücken, Magenschmerzen, Magenkrampf, Magengeschwüre, akutem und chronischem Magenkatarrh.

Lesen Sie, was ein Magenkranker schreibt:

Ersuche höfl., mir postwendend eine 2. Sendung Stomanol-Tabletten anher zu senden. Gen. Tabletten haben mich von meinen furchtbaren Magen- und Leibschmerzen schon so kuriert, dass ich doch wieder Lebensfreude gewann, was jahrelange Arztbehandlung nicht zu Stande brachte.

Solche Dankschreiben gehen zahlreich und unaufgefordert ein.

Es gibt in der Tat nichts besseres für Magenkranke

Säumen Sie daher nicht, Dr. med. G. Campe's »Stomanol« kennen zu lernen. Wir geben Ihnen Gelegenheit dazu, ohne dass Sie für den Versuch einen Pfennig auszugeben brauchen.

Verfassungsstag und Räumungsfeierlichkeiten in Duisburg.

Duisburg, 25. Juli. Im Stadtverordneten-SitzungsSaale fand eine vom Oberbürgermeister Dr. Jarres einberufene Versammlung von Vertretern der Parteien und Organisationen zur Besprechung der Verfassungsfeier statt.

Zum Moor- und Heidebrand bei Hannover.

Berlin, 27. Juli. Die Morgenblätter melden aus Neffen bei Hannover: Die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Moor- und Heidebrandes ist beseitigt.

Der 12. Bundesstenographentag des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger.

München, 27. Juli. Zu dem 12. Bundesstenographentag des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger sind hier rund 5000 Deutsche aus allen deutschen Sprachgebieten eingetroffen.

Bestrebungen auf Schaffung einer deutschen Einheitskurzschrift. Er erblickt in ihr das Werk eines Fortschrittes auf deutschem Kulturgebiet und ist überzeugt, daß sich damit ein neues Band um sämtliche Stämme deutscher Zunge schließt.

Steigende Arbeitslosigkeit in Polen. Warschau, 27. Juli. Die in ganz Polen steigende Arbeitslosigkeit hat besonders in Oberschlesien zugenommen.

Handel

Berliner Börse ruhetag vom Sonnabend. Am börsefreien Sonnabend waren die Umsätze im Verkehr von Bureau zu Bureau sehr still.

Berliner Produktenbörse vom Sonnabend. Am hiesigen Getreidemarkt bewegte sich das Geschäft nur in sehr engen Grenzen.

Amlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin vom 25. Juli. (Getreide und Delikatessen per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm, alles in Reichsmark.) Weizen, märkischer 245-250, fest, Juli 269-266,50 u. Geld, September 253-252, Oktober 254,50-255-254, fest, Roggen, märkischer 197-202, Juli 212, September 206-207, Oktober 211-209,75, fest, Gerste, Futtergerste 198-212, Wintergerste 187-195, beauptet, Hafer, Juli 192, September 193, still, Mais loto Berlin 215-216, Juli gestern 206,50, fest, Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Notiz) 33-35,50 rubig, Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 27,50-29,50, feister, Weizenkleie frei Berlin 13,50, feister, Roggenkleie frei Berlin 13,60-13,70, feister, Raps 345-350, feister, Viktoria-Erbsen 28-33, kleine Speiserbsen 25-26,50, Futtererbsen 23-26,50, Pelusiden 23-26,50, Ackerbohnen 24-26, Widen 26-28, Lupinen, blaue 12-13,50, do. gelbe 15-16,50, Rapskörner 16,70-16,90, Leinfaden 23 bis 23,20, Trockenäpfel 11,80-12, Soya-Schrot 21,50-22, Lormelasse 30/70 9,75, Kartoffelflocken 26-26,10.

Berliner Butterpreise. (Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungs-Kommission vom 25. Juli im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel — Frucht und Gebinde zu Lasten des Käufers): 1. Qualität 180, 2. Qualität 163, abfallende Sorten 143 Am. je Sennner, Tendenz: fest.

Berliner Schlachtviehmarkt. (Amtlicher Bericht der Direktion vom 25. Juli. Der Auftrieb betrug: 2022 Rinder, darunter 364 Bullen, 718 Ochsen, 940 Kühe und Färjen, 975 Kälber, 11 635 Schafe, 4051 Schweine, 30 Ziegen, 270 Auslandsschweine. Bei Rindern, Kälbern und Schafen verlief der Markt ruhig; bei Schweinen glatt.

Bleche, Draht- und Röhrenpreise vom 24. Juli. (Bericht von Rich. Herbig & Co., G. m. b. H., Berlin.) Freibleibende Grund- und Richtpreise für 1 Kilogramm bei Lieferung direkt vom Werk in Goldmark: Aluminium-Bleche, -Drähte, -Stangen 3,15; Aluminium-Röhre 4,50, Kupfer-Bleche 1,95; Kupfer-Drähte, -Stangen 1,75; Kupfer-Röhre o. R. 2,07; Kupfer-Schalen 2,76; Messing-Bleche, -Bänder, -Drähte 1,73; Messing-Stangen 1,53; Messing-Röhre o. R. 1,95; Messing-Kronenrohre 2,25, Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 2,20, Neufilber-Bleche, -Drähte, -Stangen 2,25, Schlaglot 2,—.

Uebersicht über die an den Hauptmarktorten Deutschlands in der letzten Woche gezahlten Fettviehpreise. (Unberechtigter Nachdruck verboten.) Die Preise sind in Mark für 50 Kilogramm Lebendgewicht bezw. Schlachtgewicht (S bedeutet Schlachtgewicht) angegeben. Die erste Zahl bezeichnet den niedrigsten, die zweite den höchsten für die betreffende Viehgattung gezahlten Preis.

Table with 4 columns: Viehgattung, Rindvieh, Hammel, Schweine. Rows list various locations like Nachen, Berlin, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Eberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Fulda, Kiel, Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Zwickau with corresponding price ranges.